Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:41887-2018:TEXT:DE:HTML

Deutschland-Osterholz-Scharmbek: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen 2018/S 020-041887

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

1.1) Name und Adressen

Erweiterung und Umbau am Kreiskrankenhaus Osterholz

Am Krankenhaus 4 Osterholz-Scharmbek

27711

Deutschland

E-Mail: k.vagt@kkhohz.de Fax: +49 4791-803-800 NUTS-Code: DE9 Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kreiskrankenhaus-osterholz.de

1.2) Gemeinsame Beschaffung

1.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur

Verfügung unter: http://www.drost-consult.de/de/projekte/ Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

D&K drost consult GmbH

Kajen 10 Hamburg 20459 Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Anja Hustedt

Telefon: +49 4036098426

E-Mail: a.hustedt@drost-consult.de

Fax: +49 4036098411 NUTS-Code: DE600 Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.drost-consult.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

1.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Kreiskrankenhaus Osterholz

1.5) Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Erweiterung und Umbau am Kreiskrankenhaus Osterholz Los 1 – Objektplanung gem. § 33 ff HOAI Los 2 – Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-5 und 7-8 inkl. Medizintechnik

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Das Kreiskrankenhaus Osterholz existiert seit 1957 und wird vom Landkreis Osterholz getragen. Es dient der Grund- und Regelversorgung der Bevölkerung in der Region sowie den Nachbarkreisen Cuxhaven und Rotenburg/Wümme und Bremen. Über 7 000 Patienten widmen wir uns jährlich auf den Stationen, mehr als 45 000 Behandlungen werden ambulant erbracht und jedes Jahr erblicken über 480 Babys bei uns das Licht der Welt.

Die Intensivstation des Kreiskrankenhauses Osterholz entspricht jedoch nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine moderne Intensivbehandlung und -pflege und an eine patientengerechte Unterbringung. Hygienische Mindeststandards sind aufgrund der räumlichen Enge schwer einzuhalten. Geplant ist deshalb eine Verlagerung der Intensivstation in das Erdgeschoss durch einen Anbau an eine Pflegestation und durch die teilweise Nutzung vorhandener Grundflächen dieser Station unter Aufgabe mehrerer Patientenzimmer mit 20 Bettenplätzen.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 7 500 000.00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja Angebote sind möglich für alle Lose

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Erweiterung und Umbau am Kreiskrankenhaus Osterholz Los 1 – Objektplanung gem. § 33 ff HOAl Los-Nr.: 1

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE9

Hauptort der Ausführung:

Osterholz-Scharmbeck.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Es bietet sich ein in südöstlicher Richtung gelegener Gebäudeteil einer internen Station (Station 6) an, der über kurze Transportwege aus dem OP über die unmittelbar angrenzenden Fahrstühle und von der Zufahrt der Rettungswagen gut erreichbar wäre. Die angrenzende Gartenfläche bietet eine ausreichende Ausbaufläche für einen Baukörper, der mit Flachdach an die vorhandene Baustruktur angeschlossen werden kann.

1) Neubau einer Intensivstation

Eine neue Intensivstation soll eine Kapazität von 10 Betten vorhalten. Gleichzeitig soll eine Aufwacheinheit für frisch operierte Patienten mit 6 Überwachungsplätzen integriert werden. Weil das Krankenhaus nicht über eine IMC-Einheit verfügt, soll der in die Intensivstation integrierte Aufwachraum gleichzeitig die Möglichkeit bieten, ihn als Überlauf für leichtere intensivpflichtige Patienten zu nutzen. Die gesamte Intensivstation mit Aufwachraum und allen Nebenräumen würde an dieser Stelle etwa 930 qm umfassen, davon etwa 400 qm als Anbau an das vorhandene Gebäude. Für die Teilbaumaßnahme werden die Gesamtinvestitionskosten (KG 200-700) sich auf 2,9 Mio. Euro (brutto) geschätzt.

2) Ergänzung einer Pflegestation

Mit dem Einbau der Intensivstation in vorhandene Räumlichkeiten der Pflegestation 6 würden in diesem Bereich 20 Bettenplätze entfallen, für die ein Ausgleich erforderlich ist. Gleichzeitig wird zur Entspannung der Belegungssituation und insbesondere zur Verbesserung der Zimmer- und Bettenstruktur eine Erweiterung der vorhandenen Pflegestationen benötigt. Geplant ist deshalb eine Stationserweiterung als Zwischenbau zur Verbindung zweier Pflegestationen (Station 6 und 8), die eine flexible Bettenzuordnung erlauben. Angestrebt wird die Schaffung von 21 Zwei-Bett-Zimmern, damit also 42 Bettenplätzen, um so eine möglichst große Flexibilität bei der Zimmerbelegung und der Berücksichtigung hygienischer Belange zu gewährleisten. Dieser Anbau gibt außerdem die Möglichkeit, die Funktionalität der betroffenen Stationen zu optimieren. Der Umund Erweiterungsbau an den dafür vorgesehenen Stationen 6 und 8 würde eine Fläche von etwa 1.750 qm umfassen, davon etwa 1 100 qm als Anbau an die vorhandenen Gebäude. Für die Teilbaumaßnahme werden die Gesamtinvestitionskosten (KG 200-700) sich auf 4,6 Mio. Euro (brutto) geschätzt.

Reihenfolge der Bauschritte:

Das Patientenaufkommen und die Belegung lassen eine auch nur vorübergehende Stilllegung von Pflegebereichen während einer Bauphase nicht zu. Bevor also der Gebäudeteil für den Neubau der Intensivstation aus der Nutzung durch die Station 6 genommen werden kann, muss eine Ergänzung und der Anbau an diese Station realisiert werden. Deshalb ist als 1. Bauschritt die Erweiterung der Station 6 und die Errichtung des Zwischenbaus zur Station 8 mit insgesamt 21 Zimmern und 42 Betten zu realisieren. Durch die Anbindung dieses neuen Baukörpers entfallen auf der Station 6 zwei und auf der Station 8 weitere drei der heute vorhandenen Betten. Erst im 2. Bauschritt sind der Neubau der Intensivstation mit Aufwachraum und damit die Herausnahme der an dieser Stelle angesiedelten 20 Planbetten aus der Nutzung durch die Station 6 möglich.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

Los 1:

- Leistungsphase 1-4 Objektplanung gem. § 34 HOAI,
- Leistungsphase 5-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens sollen die ausgewählten Bieter gem. § 76 (2) VgV eine Lösungsskizze in Form einer Machbarkeitsstudie sowie Leitideen zu ausgewählten Themen erstellen.

Die Baufertigstellung wird für 2019 (1. BA) und für 2020 (2. BA) angestrebt.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 20 Qualitätskriterium - Name: Lösungsskizze / Gewichtung: 40 Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 10 Qualitätskriterium - Name: Kundendienst / Gewichtung: 10 Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 5

Kostenkriterium - Name: Preis/Honorar / Gewichtung: 15

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 587 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 31

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/ – anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten zwei Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind. Als zweites Projekt ist auch ein Projekt zugelassen, das erst mit der Leistungsphase 4 abgeschlossen ist. Die Auswahl erfolgt jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkt), vergleichbare angestrebte Qualität (0-4 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber welche/s nach dem Abschluss der LPH 8 bzw. LPH 4 ausgestellt wurde (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den beiden Referenzen zusammen maximal 24 Punkte erreicht werden.

Der in § 46 Abs.3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren ist für dieses Projekt als vergleichender Betrachtungszeitraum nicht geeignet, da es sich hier um ein Projekt mit einer komplexen und umfangreichen Planungsaufgabe sowie um ein Projekt mit einem überdurchschnittlich langen Planungs- und Ausführungszeitraum handelt. Um einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 8 Jahre erhöht.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphase 5-9 des Leistungsbilds Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Erweiterung und Umbau am Kreiskrankenhaus Osterholz Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik)

Los-Nr.: 2

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE9

Hauptort der Ausführung:

Osterholz-Scharmbeck.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Maßnahmentext siehe II.1.4) und II.2.4) Los 1.

Für Los 2 wird kein Lösungsvorschlag abgefordert.

Die zu vergebenden Leistungen für LOS 2 bestehen aus:

- Leistungsphasen 1-4 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik),
- Leistungsphasen 5-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Aufraggeber festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI, ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Kundendienst / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Preis/Honorar / Gewichtung: 20

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 696 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 31

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/ – anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung eingereichten zwei Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-3 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber welche/s nach dem Abschluss der LPH 8 ausgestellt wurde (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den beiden Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden.

Der in § 46 Abs.3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren ist für dieses Projekt als vergleichender Betrachtungszeitraum nicht geeignet, da es sich hier um ein Projekt mit einer komplexen und umfangreichen Planungsaufgabe sowie um ein Projekt mit einem überdurchschnittlich langen Planungs- und Ausführungszeitraum handelt. Um einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 8 Jahre erhöht.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 5-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Aufraggeber festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, ALG 1-5 und 7-8 (inkl. Medizintechnik) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufsoder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 6 (2) VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind pro Los folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerbungsbogen,
- Anlage 1A: Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen (Vordruck),
- Anlage 1B: Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck),
- Anlage 1C: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Niedersächsischem Vergabegesetz (Vordruck),
- Anlage 1D: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck),
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1G: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1H: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck),
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (in Kopie),
- Anlage 3A1: Nachweis durch Bescheinigung der beruflichen Befähigung des Bewerbers (in Kopie),
- Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (in Kopie),
- Für Los 1 Anlage 3C1 und 3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung (siehe III.1.3 sowie II.2.9) mit Referenzschreiben nach Abschluss der LPH 8. Bzw. LPH 4;
- Für Los 2 Anlage 3C1 und 3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technischen Ausrüstung (siehe III.1.3 sowie II.2.9) mit Referenzschreiben nach Abschluss der. LPH 8;

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden

http://ted.europa.eu/TED

Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen: http://www.drost-consult.de.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie den beigefügten Vordrucken und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in der Teilnahme- noch in der Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht firstgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EURO für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. EURO für sonstige Schäden). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bieter die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Los 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400.000 € (netto) erreichen.

Los 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 550.000 € (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Los 1: Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV.

Los 2: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV.

- (B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:
- Los 1: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH).
- Los 2: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Technische Ausrüstung (mindestens FH).

Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung:

Los 1: Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 01.01.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein. Als zweites Projekt ist auch ein Projekt zugelassen, das erst mit der Leistungsphase 4 abgeschlossen ist.

Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung:

Los 2: Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 01.01.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein.

Der in § 46 Abs.3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren ist für dieses Projekt als vergleichender Betrachtungszeitraum nicht geeignet, da es sich hier um ein Projekt mit einer komplexen und umfangreichen Planungsaufgabe sowie um ein Projekt mit einem überdurchschnittlich langen Planungs- und Ausführungszeitraum handelt.

Entsprechende Referenzen sind pro Los unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276 für Los 1 bzw. der KG 400 gem. DIN 276 für Los 2), Angabe der Größe (BGF), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Auftraggebers mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Auftraggebers einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten drei Jahre (je Jahr 2015, 2016, 2017).

Für Los 1 sind im Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33ff HOAI mind. 4 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für Los 2 sind mind. 3 festangestellte Ingenieure/-innen, Techniker/-innen bzw. Absolventen im Leistungsbereich Technische Ausrüstung (HLS) gem. § 53 ff HOAI im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für Los 2 sind mind. 2 festangestellte Ingenieure/-innen, Techniker/-innen bzw. Absolventen im Leistungsbereich Technische Ausrüstung (ELT) gem. § 53 ff HOAI im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern oder öffentlich geförderten Baumaßnahmen nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Los 1: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

Los 2: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 6 (2) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) Beschreibung
- IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.5) Angaben zur Verhandlung
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

- IV.2) Verwaltungsangaben
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 26/02/2018 Ortszeit: 14:00

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der vorgenannten Plattform unter:

http://www.drost-consult.de/de/projekte/

Hinter dem Wort "LINK" sind dort pro Los die Bewerbungsunterlagen für die hier jeweils ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform veröffentlicht. Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Die von dem Bieter angefertigten Lösungsvorschläge sind dem Auftraggeber mit der Präsentation auszuhändigen und werden dessen Eigentum. Im Übrigen bleibt die Verwertung/Umsetzung der eingereichten Lösungsvorschläge dem Auftraggeber überlassen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 4131152943

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 4131151334

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens Bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

 $\label{thm:continuous} \mbox{Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr}$

Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 4131151334

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

26/01/2018